

Lars Klingbeil, MdB

Wahlkreisbüro Walsrode
Moorstraße 54
29664 Walsrode

- vorab per Mail -

Imke Byl, MdL

Sprecherin für Umwelt, Energie,
Klimaschutz und Frauenpolitik
*Bündnis 90/Die Grünen,
Niedersächsischer Landtag*

Detlev-Schulz Hendel, MdL

Sprecher für Wirtschaft und Verkehr
*Bündnis 90/Die Grünen,
Niedersächsischer Landtag*

Julia Verlinden, MdB

Sprecherin für Energiepolitik
*Bündnis 90/Die Grünen,
Deutscher Bundestag*

Sven-Christian Kindler, MdB

Haushaltspolitischer Sprecher
*Bündnis 90/Die Grünen,
Deutscher Bundestag*

Hannover, 13. August 2019

Gemeinsamer Brief der Landtagsabgeordneten Imke Byl (MdL) und Detlev Schulz-Hendel (MdL) sowie der Bundestagsabgeordneten Sven-Christian Kindler (MdB) und Julia Verlinden (MdB) zur geplanten Aufsuchung von Erdöl- und Erdgas im Raum Bad Fallingbostel

Sehr geehrter Herr Klingbeil, lieber Lars,

wie Du weißt, will das Unternehmen Vermillion im Raum Bad Fallingbostel nach Erdöl und Erdgas suchen, um bislang unerschlossene Vorkommen zu fördern. Viele Menschen in der Region fürchten Auswirkungen auf Umwelt, Wasser und Gesundheit. Der Kreistag hat sich mit einer Resolution gegen neue Bohrvorhaben ausgesprochen.

Deine Forderung neue Öl- und Gasbohrungen zu verhindern, unterstützen wir ausdrücklich. Solange die auffälligen Krebsfälle in den Öl- und Gasfördergebieten im Landkreis Rotenburg nicht aufgeklärt sind, dürfen die Bohrungen nicht einfach so weitergehen. Gesundheit und das Vorsorgeprinzip stehen an erster Stelle.

Es ist wichtig, die Risiken der Öl- und Gasförderung endlich mit klaren Worten zu benennen. Wir möchten uns gemeinsam mit Dir dafür einsetzen, diese Forderungen politisch umzusetzen. Im Landtag haben wir bereits einen Antrag für einen Bohrstopp im Heidekreis vorgelegt. Die rot-schwarze Landesregierung sieht jedoch keine Möglichkeit, ein Moratorium zu erlassen, wie Du es konkret gefordert hast, so wurde der Unterausschuss des Landtags am 27. Mai informiert. Stattdessen müsse ein Förder- und Aufsuchungsstopp mit den Unternehmen auf freiwilliger Basis ausgehandelt werden. Versuche der Landesregierung, solch eine Vereinbarung mit den entsprechenden Unternehmen zu treffen, gab es nach Kenntnis des Vertreters der Landesregierung bislang jedoch nicht.

Im Landtag setzen wir uns aktuell für folgende Verschärfungen des Rechtsrahmens ein:

- Moratorium für neue Bohrung bis zur Klärung der auffälligen Krebshäufungen in den Fördergebieten,
- Verbot neuer Bohrungen in den besonders sensiblen Wasserschutzgebieten,
- Verpflichtende Prüfung der Umweltverträglichkeit für alle Bohrungen.

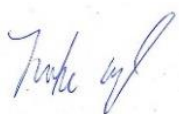
Auf der Landesebene allein werden sich die Sicherheitslücken im geltenden Rechtsrahmen jedoch nicht schließen lassen. Daher brauchen wir insbesondere auch auf Bundesebene die nötige Unterstützung für eine Gesetzesreform, u.a. für eine Reform des veralteten Bergrechts:

- Umsetzung des Vorsorgeprinzips zum Schutz des Wassers
- Veto-Recht für betroffene Kommunen
- Ausweitung der Umweltverträglichkeitsprüfung, sodass auch die Sammelwirkung der Gesamtzahl von Bohrungen und Bohrplätzen in der Region erfasst wird
- Kein Vorrang fossiler Rohstoffgewinnung gegenüber anderen Interessen des Gemeinwohls (Rohstoffsicherungsklausel)
- Verbesserung der Folgenbewältigung nach Beendigung von Abbautätigkeiten mit klarer Verantwortungszuweisung an die abbauenden Unternehmen
- Keine Bohrungen in und unterhalb aller Schutzzonen von Wasserschutz- und Heilquellenschutzgebieten sowie in und unter sonstigen Gebieten, in denen Trink- oder Mineralwasser – auch für die Lebensmittelherstellung – gefördert wird oder künftig gefördert werden soll sowie keine Bohrungen in und unterhalb von Nationalparks, Naturschutzgebieten und Natura2000-Gebieten

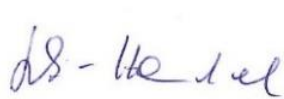
Die grüne Bundestagsfraktion hat im Antrag 19/4859 solche Forderungen formuliert. Voraussichtlich im September wird dieser im Ausschuss für Wirtschaft und Energie diskutiert, im Anschluss im Bundestagsplenum abgestimmt. Wir würden uns freuen, wenn Du Dich hier innerhalb der SPD-Bundestagsfraktion dafür einsetzt, diese Inhalte zu unterstützen.

Darüber hinaus muss klar sein, dass die Zeit der fossilen Energien abgelaufen ist. Deshalb brauchen wir einen verbindlichen Zeitplan zum Ausstieg aus der Förderung und Nutzung von Erdgas und Erdöl im Sinne des Klimaschutzes. Parallel wollen wir Grüne mit ambitionierter Energieeffizienzpolitik sowie dem forcierten Ausbau der Erneuerbaren Energien die klimafreundliche Energieversorgung deutlich schneller voranbringen. Auch dafür bitten wir um Deine Unterstützung und Mitarbeit.

Mit besten Grüßen



Imke Byl



Detlev Schulz-Hendel



Sven-Christian Kindler



Julia Verlinden